



KOLUMBIEN: ZWISCHEN KRIEG UND HOFFNUNG – DER LANGE WEG ZUM FRIEDEN

Kolumbien ist seit jeher ein Land der Gegensätze: ein Land reich an Biodiversität, Kultur und natürlichen Ressourcen, aber auch geprägt von Jahrzehnten der Gewalt und Ungleichheit.

Mit Marcela Torres Heredia

2025

Im Mai 2025 organisierte das Lateinamerikanische Akademische Kulturzentrum (LAK) in Zusammenarbeit mit dem International Institute for Peace (IIP) in Wien eine Veranstaltung zur Analyse der Friedensprozesse in Peru und Kolumbien. Dieses Treffen brachte Experten, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft zusammen, um über die Komplexität, die Lehren und die Herausforderungen zu diskutieren und nachzudenken, die den Weg zum Frieden in beiden lateinamerikanischen Ländern geprägt haben.

HISTORISCHER KONTEXT

Im Laufe des 20. und bis heute im 21. Jahrhundert hat der interne bewaffnete Konflikt tiefe Spuren in der kolumbianischen Gesellschaft hinterlassen. Das Aufkommen von Guerillagruppen wie der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), der ELN und der EPL sowie die Existenz paramilitärischer Gruppen und die Verstrickung des kolumbianischen Staates in den Konflikt haben dazu geführt, dass sich der interne bewaffnete Konflikt über Jahrzehnte hinweg fortgesetzt hat.

„Die verschiedenen Friedensprozesse im Land spiegeln politische Konjunkturen sowie unterschiedliche Friedensvisionen wider, für die sie stehen.“

URSPRÜNGE DES BEWAFFNETEN KONFLIKTS

Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien hat nicht nur eine einzige Ursache. Er ist das Ergebnis einer Kombination aus historischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren. Mitte des 20. Jahrhunderts gab es bereits erhebliche Fragmentierungen. Die Gewalt zwischen den beiden Parteien der Liberalen und Konservativen, insbesondere während der als „La Violencia“ (1948-1958) bekannten Periode, forderte mehr als 200.000 Todesopfer und hinterließ eine gesplante Gesellschaft.

Nach dieser Zeit entstanden aufständische Bewegungen, die, inspiriert von marxistischen und revolutionären Ideologien, versuchten, mit Waffengewalt die Macht zu ergreifen. Die 1964 gegründete FARC war eine der wichtigsten Guerillagruppen, gefolgt von der ELN (Ejército de Liberación Nacional) und anderen bewaffneten Organisationen. Diese Gruppen setzten sich für Anliegen wie Agrarreform, politische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit ein. Die Verlängerung des Konflikts, die Verschärfung der Kriegsdynamik und der Drogenhandel als Einnahmequelle führten zu ambivalenten Organisationsformen der bewaffneten Gruppen.





DIE AUSWEITUNG DES KONFLIKTS UND DIE ROLLE DES DROGENHANDELS

In den 1980er und 1990er Jahren verschärfte sich der bewaffnete Konflikt parallel zur Ausweitung des Drogenhandels.

Sowohl Guerillagruppen als auch paramilitärische Gruppen und kriminelle Banden beteiligten sich am Drogengeschäft, um sich zu finanzieren. Diese Situation verschärfte und verbreitete die Gewalt, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo die Bauern zwischen verschiedenen bewaffneten Akteuren gefangen waren.

„Das Aufkommen paramilitärischer Gruppen, die anfangs von wirtschaftlichen und politischen Machtkreisen unterstützt wurden, führte zu neuen Gewaltdynamiken.“

Die Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) verübten im Namen des Kampfes gegen die Guerilla Massaker, Zwangsvertreibungen und andere Menschenrechtsverletzungen. Ende der 1990er Jahre war Kolumbien eines der gewalttätigsten Länder der Welt, mit Hunderttausenden Binnenvertriebenen und einer schweren humanitären Krise.

FRIEDENSBEMÜHUNGEN UND VERHANDLUNGSPROZESSE

Kolumbien hat mehrfach versucht, durch Dialog Frieden zu erreichen. In den 1980er Jahren gab es Annäherungsversuche zwischen der Regierung und den Guerillas, die jedoch aufgrund fehlender konkreter Räume für politische Partizipation, Misstrauen und der Eskalation der Gewalt scheiterten.

Ein wichtiger Prozess fand während der Regierung von Andrés Pastrana (1998-2002) statt, als eine entmilitarisierte Zone für Verhandlungen mit der FARC eingerichtet wurde. Die Verhandlungen scheiterten jedoch aufgrund mangelnder Fortschritte und der Zunahme von Entführungen.

Ein Wendepunkt kam mit der Regierung von Juan Manuel Santos (2010-2018), der einen neuen Friedensprozess mit der FARC vorantrieb. Nach vier Jahren Verhandlungen in Havanna, Kuba, wurde 2016 ein Friedensabkommen unterzeichnet. Obwohl das Abkommen zunächst in einer Volksabstimmung knapp abgelehnt wurde, wurde es später geändert und vom Kongress verabschiedet.

„Wir Kolumbianer haben das Recht, wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu schöpfen.“

Juan Manuel Santos (2016)



Foto: RTVE, 22. Juni 2016 / Raúl Castro, Juan Manuel Santos und Timochenko in Havanna



Doktorandin in Sozial- und Kulturanthropologie an der Universität Wien. Ausbildung in Sozialwissenschaften (Bogotá) und zwei Master-Abschlüsse in Lateinamerikastudien und Wissensmanagement (Österreich). Derzeit ist sie Co-Direktorin von „Viena Latina“ im Wien Museum, einem partizipativen Projekt, das die Geschichte und Erinnerung der lateinamerikanischen und karibischen Migration in Wien sichtbar machen will.

DAS FRIEDENSABKOMMEN UND SEINE HERAUSFORDERUNGEN

Das endgültige Abkommen zur Beendigung des Konflikts enthielt wichtige Verpflichtungen wie die Entwaffnung der FARC, ihre Umwandlung in eine politische Partei, Programme zur ländlichen Entwicklung, Übergangsjustiz (durch die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden – JEP) und Maßnahmen zur Gewährleistung von Wahrheit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung.

„Trotz der Fortschritte stieß die Umsetzung des Abkommens auf erhebliche Schwierigkeiten.“

Der mangelnde politische Wille der Regierung von Iván Duque (2018 bis 2022), die fehlende Präsenz des Staates in ländlichen Gebieten, das Fortbestehen illegaler bewaffneter Gruppen und die langsame Umsetzung sozialer Programme haben in vielen Gemeinden zu Frustration geführt. Darüber hinaus hat die Ermordung von sozialen Führern und ehemaligen Kämpfern den Prozess nach dem Abkommen getrübt.

UNVOLLSTÄNDIGER FRIEDEN, ABER MIT HOFFNUNG

Kolumbien erlebt heute einen unvollständigen Frieden, der sich im Aufbau befindet.

Trotz der vielfältigen Herausforderungen hat das Abkommen Raum für Diskussionen über Gerechtigkeit, historische Erinnerung und Wiedergutmachung geschaffen und gleichzeitig den Wunsch gestärkt, Wege zur Suche nach Frieden mit sozialer Gerechtigkeit als politisches Narrativ mit großer Resonanz zu finden.

Die derzeitige Regierung unter Gustavo Petro hat ihr Interesse bekundet, einen „vollständigen Frieden“ herzustellen, einschließlich Verhandlungen mit der ELN und anderen bewaffneten Akteuren. Der Frieden in Kolumbien kann jedoch nicht allein von unterzeichneten Abkommen abhängen. Er erfordert eine tiefgreifende Transformation des Staates, der Partizipationsmechanismen und der Strukturen der Ungleichheit, um Gerechtigkeit für verschiedene soziale Gruppen zu gewährleisten.



Foto: El País S.A., 16. Juni 2024 / Präsident Gustavo Petro hält an seinem Diskurs zum vollständigen Frieden fest.



Foto: REX Shutterstock

REGIONALE UND GLOBALE BEDEUTUNG DES FRIEDENSPROZESSES

Der Friedensprozess in Kolumbien seit 2016 wurde aufgrund der Dauer, Komplexität und des Ausmaßes des bewaffneten Konflikts international mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Seine regionalen Auswirkungen waren erheblich: Die Zwangsvertreibung von Millionen von Menschen hat zu Migrationsströmen in Nachbarländer wie Ecuador, Venezuela und Panama geführt, was koordinierte humanitäre Maßnahmen in der Region erforderlich gemacht hat.

Darüber hinaus hat sich Kolumbien zu einem Experimentierfeld für die Entwicklung und Anwendung von Mechanismen der Übergangsgerechtigkeit entwickelt, wobei die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) und die Wahrheitskommission als grundlegende Säulen dienen. Diese Institutionen dienen als Vorbild für andere Länder, die sich in einem Konflikt oder einer Nachkonfliktsituation befinden, indem sie Perspektiven wie geschlechtsspezifische Querschnittsansätze und die Auswirkungen des bewaffneten Konflikts auf Gebiete und nichtmenschliche Wesen einbeziehen.

„Auf globaler Ebene wurde das Friedensabkommen von der internationalen Gemeinschaft unterstützt, darunter Organisationen wie die UNO, die Europäische Union und Garantmächte wie Norwegen und Kuba.“

REFLEXION UND ERKENNTNISSE

Der Friedensprozess mit der FARC-EP war ein historischer Schritt für Kolumbien und ein globaler Meilenstein bei der Suche nach politischen Perspektiven für bewaffnete Konflikte.

Der Frieden ist jedoch nach wie vor fragil und mit anhaltenden Herausforderungen konfrontiert: Die Präsenz illegaler bewaffneter Gruppen, der Drogenhandel und die Gewalt gegen soziale Führungskräfte beeinträchtigen weiterhin die Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt in vielen Regionen.

Die Umsetzung des Abkommens ist nur teilweise gelungen und erfordert ein erneutes Engagement des Staates und der Gesellschaft in den einzelnen Regionen, um Gerechtigkeit, Wiedergutmachung, Erinnerung, Nichtwiederholung und den Aufbau von Projekten in den vom Konflikt am stärksten betroffenen Gebieten zu gewährleisten. Auf regionaler Ebene hat die kolumbianische Erfahrung Debatten über Übergangsgerechtigkeit und Versöhnung beeinflusst und wird weiterhin von internationalen Organisationen beobachtet.

Die Konsolidierung des Friedens in Kolumbien bedeutet nicht nur, die Vereinbarungen einzuhalten, sondern auch neuen Bedrohungen mit umfassenden und nachhaltigen Maßnahmen zu begegnen. Nur so kann Kolumbien zu einem Modell für dauerhaften Frieden in Lateinamerika und der Welt werden.

Lateinamerikanisches Akademisches Kulturzentrum LAK

Wagramer Straße 23/1/2/3, 1220 Viena, Austria
E-Mail: office@lak.or.at

Ein Beitrag von: Alcides Benavente Ponce
und Manuela Scheffel

